

**Friedensbewegung zum Jahreswechsel:  
Krieg ist keine Lösung!**

**N**icht für Afghanistan, Irak, Libyen, nicht für Syrien und Palästina. Wir verweigern uns dem Zwangsdenken von Kriegspropaganda, Kriegsdrohungen und Kriegen. Wir setzen auf Verhandlungen und Interessenausgleich. Für uns gelten das Völkerrecht und die Menschenrechte. Nicht aber gewaltsamer Regimewechsel und das „Recht“ des Stärkeren. Konfliktursachen müssen rechtzeitig erkannt und politisch beseitigt werden. Die Bundeswehr hat im Ausland nichts zu suchen. Neue Waffen beschleunigen den Sozialabbau. Rüstungsexporte bringen den Tod aus Deutschland. Bundeswehrein-sätze im Inneren beschädigen die Demokratie. Wir engagieren uns für Frieden, Abrüstung, Solidarität, Gerechtigkeit und das Recht auf demokratische Teilhabe.

**Unfall-  
statistik  
wird  
ignoriert**

**N**irgends ist die Unfall-  
gefahr für Kinder im  
Straßenverkehr so  
groß wie in Schleswig-Hol-  
stein. Das geht aus dem am  
17.12.2012 veröffentlichten  
„Kinderunfallatlas“ der Bundes-  
anstalt für Straßenwesen (2010)  
hervor. Auf 100.000 Kinder im  
Alter unter 15 Jahren kamen  
in Schleswig-Holstein 327, die  
bei einem Unfall verletzt oder  
getötet wurden. Im Bundesland  
Hessen sind es im Vergleich  
221 Kinder. Im Kreis Pinneberg  
liegen die Unfallzahlen sogar  
noch über dem SH-Landes-  
durchschnitt. Dies berichtete  
die „Barmstedter Zeitung“ am  
18.12.2012 unter der Über-  
schrift „Im Kreis leben Kinder  
gefährlich“.

Damit alles so bleibt, wie es  
ist, teilte die Kreisverwaltung  
Mitte Dezember den Anwoh-  
nern der Gärtnerstraße mit,  
dass keine Fußgängerampel  
an der Kreuzung Kleine/Große  
Gärtnerstraße bewilligt wird.  
Dass über 400 Anwohner die  
Forderung nach einem sicheren  
Schulweg mit ihrer Unterschrift  
unterstützen, ist für die Behörde  
völlig unerheblich. Die Messlatte  
für eine Ampel – mindestens 50  
Querungen bei 450 Fahrzeugen  
pro Stunde – wird so hoch  
gehalten, so dass die Verkehrs-  
dichte aus Behördensicht in der  
Gärtnerstraße für Maßnahmen  
zur Schulwegsicherung nicht  
ausreichen würde. Auch eine  
Tempomessung, die im Mai  
2012 durchgeführt wurde und  
bei der ein Viertel der PKW und  
LKW schneller als die erlaubten  
50 Stundenkilometer fuhr,  
spielt für die „Entscheidungs-  
träger“ ebenfalls keine Rolle. Wer  
hinter die Kulissen schaut, wird  
feststellen, dass hier die Ein-  
richtungskosten für eine Ampel  
eingespart werden sollen. Die  
Zahlen für Fahrzeugbewegun-  
gen pro Stunde sind bewusst so  
hoch angesetzt worden.

Auch wenn im ersten Anlauf  
noch keine Ampel durchgesetzt  
werden konnte, dadurch sollten  
sich die betroffenen Anwohner  
nicht entmutigen lassen und  
sich weiterhin für ihre berech-  
tigte Forderung einsetzen.

**Anliegerinitiative Meierei/Käsefabrik im Gespräch mit Behördenvertretern:  
LKW-Lärm, Dieselruß, ... wie weiter?**

**Z**unehmende Belastungen  
durch LKW-Verkehr und  
Produktionslärm haben  
die betroffenen Anwohner aus  
den Wohngebieten rund um die  
Meierei/Käsefabrik, die sich in  
einer Anwohnerinitiative zusam-  
mengeschlossen haben, zum An-  
lass genommen sich mit Behör-  
den- und Verwaltungsvertretern  
an einen Tisch zu setzen, um Pro-  
bleme zu diskutieren. Mit am Tisch  
saßen Vertreter der Stadtverwal-  
tung, der Bürgervorsteher, der  
örtlichen Polizei und des Staatli-  
chen Umweltamtes Itzehoe.

Im Mittelpunkt der Ausspra-  
che stand der LKW-Verkehr, der  
nach Angaben der Ingenieurge-  
meinschaft Schubert, die 2009  
ein Verkehrsgutachten für die  
Stadt Barmstedt erstellt hat, mit  
500 LKW-Bewegungen im Be-  
reich der Mühlenstraße (Meierei/  
Käsefabrik) ermittelt wurde.

Die Anwohner berichteten  
von LKWs, die mit überhöhter  
Geschwindigkeit von Lutzhorn  
kommend die Meierei/Käsefa-  
brik anfahren. Nachts gibt es in  
der Mühlenstraße Probleme mit  
parkenden LKWs, in denen die

Fahrer bei laufenden Standhei-  
zungsmotoren übernachten. Hier  
fordern die Anwohner Haltever-  
botzonen für LKWs. Obwohl dies  
in den Straßen um die Meierei  
Schmalfeld möglich ist (s. Abb.),  
verweigern bisher die Stadt- und  
die Kreisverwaltung das Aufstel-  
len dieser Schilder in der Mühlen-  
straße.

Vor allem häufen sich Anzei-  
gen der Anlieger bei der Polizei,  
wenn auf der LKW-Waage, die  
im Eingangsbereich der Meierei/  
Käsefabrik ohne jegliche Lärm-  
schutzmaßnahme erstellt wurde,  
unnötig die LKW- und deren  
Kühlkompressormotoren wäh-  
rend des bis zu 30 Min. dauern-  
den Abfertigungsvorgangs laufen  
gelassen werden. Hierbei wurden  
Lärmpegel bis über 80 Dezibel im  
Wohngebiet an der Mühlenstra-  
ße gemessen. Neben dieser ho-  
hen Lärm-Immission wurde von  
Seiten der Anlieger auch auf die  
Luftverunreinigung durch Diesel-  
Abgase hingewiesen. Außerdem  
berichteten die Anwohner die  
häufige Nichteinhaltung von Ab-  
fertigungszeiten für Anliefer- und  
Abholfahrzeugen. Zwischen 7.00



und 18.00 Uhr durften bisher But-  
ter und andere Molkereiprodukte  
abgeholt werden. Dies wurde  
aber auf Druck der Meierei/Käse-  
fabrik auf 6.00 – 22.00 Uhr aus-  
geweitet und vom Umweltamt  
Itzehoe genehmigt. Ab 22.00 Uhr  
müssen die Meierei-Zufahrten  
mit einer Absperrkette geschlos-  
sen werden. Dies wird oft nicht  
eingehalten. Immer wieder kön-  
nen LKWs nach 22.00 Uhr auf das  
Gelände fahren. Auch der Wasser-

verlust der LKWs auf der Straße  
wurde angesprochen. Nachdem  
die Milchwagen entladen wurden,  
werden die Tanks ausgespült. Oft  
verlassen die LKWs das Gelände  
mit geöffneten Tankhähnen zur  
nächsten Tour. Die Wasserspuren  
sind nachhaltig zu sehen und be-  
ginnen am Meiereigelände und  
deren vorgelagertem Gehweg  
und sind oft noch durch die ganze  
Stadt, teilweise bis zur Pinneber-  
ger Landstraße sichtbar. Im Win-

ter bei überfrierender Nässe ist es  
vor allem auf dem Gehweg und  
der Fahrbahn in der Mühlenstra-  
ße lebensgefährlich glatt.

In den Nachtstunden, in de-  
nen es mittlerweile auf Grund  
der zu hohen Lärmwerte ein von  
Max Bock (Anlieger) durchgesetz-  
tes LKW-Fahrverbot gibt, wird die  
Nachtruhe durch Produktionslärm  
gestört. Auf den Dächern der  
Meierei/Käsefabrik befinden sich  
geräuscherzeugende Aggregate  
und die Lüftungsluken werden oft  
nach 22.00 Uhr nicht geschlossen.  
Auch bei nächtlichen Lärmemes-  
sungen wurden hierdurch verur-  
sachte „Brumm“-Geräusche  
ausgemacht.

Positiv sehen die Anwohner  
in diesem ersten Gespräch das  
entgegenkommende Verhalten  
der Polizei und der Ordnungsbe-  
hörde. Der Vertreter des Umwelt-  
amtes Itzehoe hat sich bei vielen  
Problemen als „Verteidiger“ der  
Meierei/Käsefabrik hervorgetan.  
Alle sind jetzt gespannt, wel-  
che Problemlösungen bei einem  
nächsten Zusammentreffen von  
Seiten der Behörden und Verwal-  
tung vorgeschlagen werden.

**BALL unterstützt Bürgerbegehren Sohlgleite:  
Die Bevölkerung soll entscheiden**

**E**inig war sich die Stadtver-  
tretung darin, dass eine  
Sohlgleite als Aufstiegs-  
hilfe für bestimmte Fischarten  
und Kleinlebewesen geschaffen  
werden soll. Es erfolgte eine län-  
gere Auseinandersetzung darü-  
ber, welche Sohlgleitenvariante  
gebaut werden soll. Vor allem  
die FWB befürwortete eine lange  
Sohlgleite mit zwei Teilabschnit-  
ten von den Kleingärten an der  
Krückau über den Lill'schen Hü-  
gel am See. Diese Variante macht  
den Kauf des Lill'schen Hügels für  
1.2 Mio. Euro erforderlich – ein  
um ein Vielfaches überhöhter  
Preis für 6 ha Ackerland.

Demgegenüber gab es sehr  
viel kostengünstigere kürzere Va-  
rianten im Bereich des LKW-Wen-  
deplatzes an der Wassermühle.  
Beim groben Kostenvergleich  
durch ein Planungsbüro ergab  
sich, dass die lange Sohlgleiten-  
variante unter Einbeziehung von  
Folgekosten für die Stadt mindes-  
tens ca. 1.6 Mio. Euro teurer sein



würde. Die FWB, der sich die SPD  
letztlich anschloss, will den Bau  
der teuren langen Sohlgleite fi-  
nanzieren, indem die Stadt einen  
erheblichen Teil des Lill'schen Hü-  
gels als Bauland verkaufen will.

Die BALL-Fraktion hat sich  
demgegenüber für die Weiter-  
planung einer kurzen Sohlgleiten-  
variante ausgesprochen, ebenso

wie – mit einer Ausnahme - die  
CDU-Fraktion.

**Die Argumente der BALL:**

1) Die BALL-Fraktion ist gegen  
die Bebauung des Seerandbe-  
reichs, zumal wir befürchten,  
dass angesichts der städtischen  
Finanznot letztlich das Baugebiet  
immer noch etwas größer wird.  
Der Lill'sche Hügel ist mittelfris-

tig in seiner Gesamtheit ökolo-  
gisch umzugestalten und für die  
Allgemeinheit zu nutzen.

2) Die BALL-Fraktion ist auch  
nicht bereit den völlig überhöhten  
Bodenspekulationspreis für das  
Lill'sche Ackerland zu zahlen.

3) Bei allen Planungen wurde  
der Umweltfrevler der Meierei  
stillschweigend akzeptiert, die  
weiterhin die unglaubliche Ge-  
nehmigung (von wem eigentlich,  
warum und wie erlangt?) zur Ein-  
leitung einiger Hunderttausend  
Kubikmeter industrieller Abwäs-  
ser in die Krückau hat – zur Freu-  
de der Fischwelt.

Nachdem die Stadtvertretung  
mit einer Stimmenmehrheit vor  
allem von FWB und SPD den Bau  
der langen und erheblich teuren  
Sohlgleite über den Lill'schen  
Hügel anstrebt, gibt es schnellen  
Widerstand aus der Bevölkerung.  
Eine Initiative hat inzwischen ein  
Bürgerbegehren eingeleitet. Ziel  
ist es, dass die Barmstedter Be-  
völkerung in einem Bürgerent-

scheid die Entscheidung darüber  
trifft, ob der Lill'sche Hügel zur  
Finanzierung der langen und teu-  
ren Sohlgleite bebaut wer-  
den soll.

Im Text des Bürgerbegehrens  
heißt es u. a. : „Die Unterzeich-  
nenden beantragen, dass die fol-  
gende Angelegenheit der Stadt-  
vertretung zum Bürgerentscheid  
gestellt wird: **Den Ankauf der  
unmittelbar am Rantzauer  
See gelegenen landwirt-  
schaftlichen Fläche Lillscher  
Hügel durch die Stadt, mit der  
Absicht, dort ein neues Bau-  
gebiet zur Finanzierung einer  
Teillumleitung der Krückau zu  
ermöglichen, lehne ich ab.**“

Es müssen ca. 750 Barmsted-  
terinnen und Barmstedter mit  
ihrer Unterschrift einen Bürge-  
rentscheid zu obiger Frage for-  
dern, einige Hundert haben dies  
bereits getan. Die BALL unter-  
stützt die Forderung nach einem  
Bürgerentscheid: Die Barmsted-  
ter Bevölkerung soll entscheiden,  
was im Seebereich passiert. Wer  
das Bürgerbegehren unterstüt-  
zen will, kann entsprechende Un-  
terschriftenlisten von der BALL-  
Homepage runterladen. (s. oben)

Aus der Sicht eines Barmstedter Haushaltes:

# Trinkwasserqualität

**W**ir alle brauchen Wasser, denn ohne Wasser gibt es kein Leben. Allerdings hängt viel von der Wasserqualität ab. Unser Trinkwasser wird jährlich von darauf spezialisierten, unabhängigen Instituten untersucht, unter anderem auf Rückstände aus der Landwirtschaft (z. B. Pestizide), Schwermetalle und Spurenelemente. Schließlich soll niemand, der ein Glas Leitungswasser trinkt, krank oder durch Geruch und Geschmack desselben abgestoßen werden. Die Stadtwerke Barmstedt stellen diesen jährlichen Bericht auf ihre Internetseiten, wo er von jedem interessierten Menschen heruntergeladen und angesehen werden kann. Eine sich verändernde Wasserqualität ist nicht nur lästig, sondern bringt auch echte Nachteile mit sich – und damit ist nicht allein die Gesundheit gemeint.

**Beispiel Kalk:** Es ist nicht nur ungesund, sondern schmeckt auch nicht gut, wenn auf dem Tee „Kalkschollen“ schwimmen. Die frisch gespülten Gläser haben nach dem Trocknen Schlieren, im Bad muß man mehr Kalkflecken wegputzen und der Verbrauch an Spül- und Waschmitteln steigt – allein schon, weil bei härterem Wasser mehr davon benutzt werden muss, um einen Reinigungseffekt zu erzielen. Ganz zu schweigen davon, dass Geräte wie

Kaffeemaschine oder Wasserkocher, aber auch Wasch- und Spülmaschinen schneller verschleiben bzw. aufwendig entkalkt werden müssen. Seit 2010 ist der Gehalt von Kalk im Barmstedter Trink-

wasser so deutlich angestiegen,

das auch in unserer Stadt nun jeder die aufgezählten Beeinträchtigungen bemerken kann, selbst wenn man keine Kenntnis der Analysen hat.

Doch die regelmäßigen Wasseruntersuchungen bestätigen die zunehmende, „gefühlte“ Beeinträchtigung mit Zahlen: 2003 lag die Wasserhärte noch bei 8,2 °dH, was nach der neuen Einteilung als „weich“ galt, 2007 war sie schon bei 8,5 °dH („mittel“) und seit 2010 sind es sogar 9,5 °dH. In drei Jahren ein Sprung von einem ganzen Härtegrad! Das kann man gleichfalls am Calciumgehalt sehen, der seit 2003 von 51 auf 61 mg/l gestiegen ist. Erkennbar gestiegen ist daneben nicht nur der Gehalt an Magnesium, welcher ebenfalls zur Berechnung der Wasserhärte herangezogen wird, sondern leider auch der Wert

für Nitrat. Woran liegt das? Aus dem meisten Niederschlagswasser an der Erdoberfläche wird irgendwann Grundwasser. Ist das Oberflächenwasser durch Rückstände

aus Industrie, Landwirtschaft oder Baumschulen belastet, werden auch diese Gifte früher oder später in die tieferen, wasserführenden Schichten gelangen. Das Grundwasser fließt dann durch verschiedene Erdschichten und löst auf seinem Weg Mineralien und Spurenelemente aus der Erde. Wenn nun irgendwo in der Tiefe aus einer Ader Wasser entnommen wird, dann strömt weiteres Grundwasser nach. Je mehr Wasser entnommen wird, desto schneller muss es nachfließen, um die Entnahmemenge zu ersetzen. Dadurch werden wieder mehr Stoffe ausgewaschen und im Wasser transportiert. Die Veränderung der hiesigen Wasserqualität ist ein sicheres Zeichen dafür, dass den unterirdischen Adern immer mehr Wasser entnommen wird. Dies wird hingegen kaum auf einen Zuwachs der Bevölke-

rung zurückzuführen sein, die seit 2006 von ca. 9.569 nur auf ca. 9.844 (2011) gestiegen ist.

Obwohl die aktuellen Werte noch im gesundheitlich unbedenklichen Rahmen liegen, müssen die Stadtwerke Barmstedt immer weiter auf erhöhte Entnahmemengen reagieren, um die gesetzlich vorgeschriebenen Werte gewährleisten zu können, ge-

genwärtig mit dem teuren Brunnenneubau am Steinmoorweg.

Laut Gutachten im Auftrag der Stadtwerke Barmstedt hat die Meierei einen erheblichen Einfluss auf die örtliche Wasserentnahme, sie erhöht seit Jahren kontinuierlich die Fördermengen an Wasser über den eigenen Brunnen auf inzwischen rund 300.000 m<sup>3</sup> jährlich, und sie möchte diese noch weiter erhöhen, ohne dass die langfristige Ergiebigkeit und Nachhaltigkeit des Wasserleiters in ca. 100-Meter-Tiefe hinreichend überprüft wurde. Dies darf jedoch nicht auf Kosten der Bevölkerung geschehen, die ein Anrecht auf sauberes, qualitativ hochwertiges Wasser hat. Wasser ist ein Menschenrecht, und die Menschen müssen Vorrang vor der Industrie und kommerziellen Interessen haben!

## Auszüge aus den Untersuchungen:

	2003	2007	6/2010	12/2010	2011
Gesamthärte	8,2	8,46	8,4	9,5	9,5
Calcium	51 mg/l	53,4 mg/l	54,4 mg/l	61 mg/l	60/61 mg/l
Nitrit	0,005 mg/l	0,02 mg/l	0,01 mg/l	0,02 mg/l	0,016 mg/l
Nitrat	<1 mg/l	0,4 mg/l	0,05 mg/l	0,66 mg/l	1,05/0,89 mg/l

Stadtvertretung gegen Erdgassuche nach dem „Fracking-Verfahren“:

# Große Gefahren für Grundwasser

**I**m November tauchten mehrere Pressemeldungen auf, dass ein kanadisches Unternehmen namens PRD Energy GmbH im Bereich zwischen Barmstedt, Kaltenkirchen und Neumünster nach Erdgas suchen will. Das Unternehmen habe nach Pressemeldungen beim zuständigen Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie in Hannover einen entsprechenden Antrag auf Genehmigung von Voruntersuchungen gestellt. Es besteht die berechtigte Befürchtung, dass die Suche nach Schiefergas nach der „Fracking-Methode“ erfolgen soll, sofern die Voruntersuchungen er-



folgreich sind: Dabei werden Tausende Liter aus Sand, Wasser und hochgiftigen Chemikalien in tiefere Gesteinsschichten gepresst, um diese aufzubrechen und das Gas entweichen zu lassen. Die hochgiftigen krebserregenden Chemikalien gelangen dabei ins Grundwasser. In den USA, wo das Fracking im großen Stil praktiziert wird, ist in bestimmten Gegenden das Grundwasser derart mit Chemikalien, Öl und Gas vergiftet, dass es entzündbar ist, wenn es aus dem Wasserhahn kommt.

Die BALL-Fraktion hat unmittelbar nach dem Auftauchen der Pressemeldungen eine Reihe von Anfragen an die Stadtverwaltung gestellt. Die BALL wollte wissen, wie der Stand des Antragsverfahrens ist und welche

Widerstandsmöglichkeiten es gibt. „Nördlich von Barmstedt ist das Trinkwassereinzugsgebiet für unsere Stadt, u. a. liegt dort das ausgewiesene Wasserschutzgebiet. Es kann nicht sein, dass neben der inzwischen in höheren Schichten starken Belastung des Grundwassers durch Industrie, Baumschulen und Landwirtschaft jetzt auch noch das Grundwasser in tieferen Schichten gefährdet und vergiftet wird. Den Profitinteressen von PRD Energy darf nicht die Qualität des Grundwassers geopfert werden“, erklärte BALL-Fraktionssprecher Dr. Günter Thiel in der Dezembersitzung der Stadtvertretung, auf der die Verwaltung noch keine näheren Antworten geben konnte. Inzwischen läuft aus verschiedenen

Richtungen der Widerstand gegen die Genehmigung von Probebohrungen an: Der Umweltausschuss des Kreises Segenberg, die Kreisverwaltung Segeberg, die SPD-Bundestagsabgeordnete Ernst Dieter Rossmann, CDU und Grüne im Kreistag haben sich in unterschiedlicher Schärfe gegen Fracking ausgesprochen, ebenfalls die Umweltministerkonferenz auf ihrer Tagung im November in Kiel. Die BALL-Fraktion brachte kurzfristig in die Stadtvertretung im Dezember eine Entschliessung ein, mit der die Barmstedter Stadtvertretung sich deutlich gegen die Genehmigung von Voruntersuchungen und natürlich von Fracking ausspricht.

Die von allen Fraktionen beschlossene Resolution lautet: „Die Stadtvertretung der Stadt Barmstedt spricht sich entschieden gegen die Zulassung des heftig umstrittenen „frackings“ unter Verwendung umwelttoxischer Chemikalien in unserer unmittelbaren Nachbarschaft aus. Die Gefahren für die Vergiftung des Grundwassers sind zu groß. Dem entsprechend erwarten wir, dass auch keine Voruntersuchungen genehmigt werden.“

Die BALL wird die brisante Problematik weiter verfolgen.

# Auf dem Weg in den nächsten Krieg

**O**bwohl die Mehrheit der Bevölkerung, so aktuelle Umfrageergebnisse, die Beteiligung deutscher Soldaten bei Kampfinsätzen an der syrischen Grenze ablehnt, hat der Bundestag die Entsendung von Patriot-Raketen und AWACS-Radar-Flugzeugen samt 400 Soldaten an die syrische Grenze mit Stimmen von CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen zugestimmt. Nur die Linksfraktion stimmte zusammen mit 12 SPD-Abgeordneten geschlossen dagegen, 8 weitere Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

Die Raketen sollen ca. 100 Kilometer von der syrischen Grenze entfernt in der Türkei stationiert werden. Der Einsatz ist zunächst für ein Jahr beschlossen worden. Spekuliert wird sogar darüber, dass die Patriots länger in der

Bevölkerung schweren Schaden zugefügt, sinnlose Zerstörungswut und kaltblütige Morde kosteten den „Rebellen“ mittlerweile immer mehr Sympathie. Viele Syrer halten die Aufständischen inzwischen für ebenso verkommen wie das Regime, das sie bekämpfen. Die syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte in London vertritt mittlerweile die Meinung, dass viele Anschläge auf das Konto der „Rebellen“ gehen.

Hinzu kommt das immer mehr antiwestlich-islamistische Kräfte, die Verbindung zu Netzwerken wie Al Qaida unterhalten und von Saudi-Arabien und Katar mit Waffen und Sprengstoff beliefert werden, an Einfluss gewinnen und die Waffen zukünftig auch gegen westliche Armeen nicht nur in Syrien zum Einsatz



Türkei bleiben, um in einem möglichen Krieg gegen den Iran eingesetzt werden zu können.

Der deutschen Bevölkerung wird das Märchen aufgetischt, die Raketenstationierung sei dazu da, um Syrien, das sich in einem Bürgerkrieg befindet, von einem Angriff auf den NATO-Partner Türkei abzuschrecken. Syrien erklärt jedoch die Türkei nicht angreifen zu wollen. Warum sollte es auch? Der größte Militärpakt der Welt - die NATO - würde jeglichen Angriff zum willkommenen Anlass nehmen, endlich dem syrischen Regime militärisch den Garaus zu machen.

Die Entsendung deutscher Soldaten wurde zu einem Zeitpunkt beschlossen, da laut UNO noch die Chance für eine Regelung im syrischen Bürgerkrieg auf Verhandlungsebene besteht. Voraussetzung wäre, dass sich alle Konfliktparteien an den Verhandlungstisch begeben. Dies wird aber nach wie vor von den „Rebellen“ abgelehnt. Sie hoffen auf einen militärischen Sieg und nehmen steigende Opferzahlen bei der Bevölkerung in Kauf.

Die Entwicklung nimmt aber auch für den Westen bedenkliche Züge an. Abgesehen davon, dass eine (militärische) Entscheidung über den Sieg im Bürgerkrieg nach wie vor nicht in Sicht ist, nimmt der Unmut über das Vorgehen der überwiegend ultra-islamistischen Aufständischen inzwischen auch in denjenigen Teilen der syrischen Bevölkerung zu, die die Rebellion gegen das Assad-Regime ursprünglich mitgetragen hatten. Sprengstoffanschläge und ähnliche Aktionen, die der Zivilbe-

bringen könnten. Angesichts des Desasters, in das die vom Westen unterstützte Aufrüstung der „Rebellen“ inzwischen geführt hat, ist in der NATO ein Streit entbrannt. Während Frankreich anlässlich der NATO-Tagung im Dezember erklärt hat, dass es einen NATO-Einsatz zur Zeit noch skeptisch sieht und vorerst eine weitere Aufrüstung der Aufständischen favorisiert, sprechen sich die USA und Großbritannien laut Berichten dafür aus, militärische Schritte vorzubereiten, um die mit dem Westen zusammenarbeitenden Rebellen zu unterstützen und gleichzeitig den Einfluss der ultra-islamistischen Kräfte zurückzudrängen. Medienberichten zufolge bestehen bereits detaillierte NATO-Eingreifpläne. Der deutsche Außenminister hat sich erobert darüber gezeigt, dass die Kriegsdebatte noch vor der Entscheidung über die Entsendung der Raketen an die Öffentlichkeit geraten sei. Wie es heißt, sehen die NATO-Eingreifpläne zusätzlich zur militärischen Ausbildung aufständischer Milizen auch Luftschläge mit Raketen und Flugzeugen sowie Unterstützung durch NATO-Marineeinheiten vor – alles ohne Zustimmung des UNO-Sicherheitsrats. Auch die Stationierung der Patriot-Raketen findet den Berichten zufolge in den Interventionsplänen Erwähnung: Die Behauptung, es gehe darum, türkisches Hoheitsgebiet gegen syrische Raketenangriffe zu verteidigen, sei „in Wirklichkeit“ nichts anderes als „Tarnung für die Intervention“. ([www.independent.co.uk](http://www.independent.co.uk) 11.12.2012)

## Info-Coupon:

- Ich interessiere mich für die Arbeit der BALL und wünsche weiteres Info-Material.
- Ich bitte um ein persönliches Gespräch.

Name

Vorname

Straße

Einsenden an: Helmut Welk, Nappenhorn 29 · 25355 Barmstedt